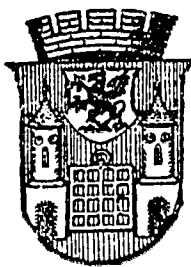


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 190

Montag, den 16. August 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Die Hamburg-Amerika-Linie hatte gegen 200 Vertreter der Presse zu einer Fahrt von Hamburg nach Cuxhaven eingeladen.

— Reichstanzler Dr. Marx hat an Admiral Behnte zum 50. Geburtstag ein Glückwunschschreiben gesandt.

— Die Pariser Verhandlungen wegen eines westeuropäischen Eisenblöcks haben zu einer Einigung zwischen den Industriellen geführt.

— Der französische Handelsminister Bokanowski hat die Gründung eines „technischen Ernährungsausschusses“ verfügt.

— Der englische Bergarbeiterstreik steht kurz vor dem Zusammenbruch.

Große Kundgebung für Rhein, Saar- und Pfalz.

Am 14. und 15. August fand in Köln eine große Kundgebung des Rheins, der Pfalz und der Saar statt. Daran beteiligt waren der Reichsverband der Rheinländer, der Bund der Saarvereine, der Verein der Pfälzer, sowie die Rheinische Frauenliga, die sich in dem Westausschuß von Rhein, Pfalz und Saar zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Schon am Freitagabend fand ein Begrüßungskommers statt. Am folgenden Tage begann mittags im Rahmen der Tagung des Westausschusses in der Aula der Kölner Universität eine Vortragsreihe, und zwar sprach Prof. Dr. Schulte-Bonn über das Thema „Die Stellung des Rheins in der Geschichte“, Dr. Frein v. Hertling über „Die rheinischen Frauen und die Befestigung“ und Staatsoberarchivar Dr. Pfeiffer aus Speyer über „Die Pfalz am Rhein und ihr Schicksal als Grenzland“.

Nachmittags veranstalteten der Bund der Saarvereine im Rudolfsaal eine Vortragsreihe. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Oberlandesgerichtsrat Anders-Naumburg sprach das Mitglied des saarländischen Landesrats Karhus über die Bevorzugung der französischen Belange im Saargebiet durch die Regierungskommission. Kommerzienrat Dr. F. Köhling berichtete über die Kämpfe der Genfer Saardelegation und betonte dabei den Willen der Saarbevölkerung, sich unter keinen Umständen auf die Dauer vom deutschen Vaterland trennen zu lassen. Nach einem Vortrag des Landesratsmitglieds Kraus über die wirtschaftliche und soziale Not der Arbeitnehmer des Saargebietes behandelte Pfarrer Dr. Schlich, Saarbrücken, den Gedanken der „Saarunion“. Er erklärte dabei die Saar-Autonomie für eine Maske, um das Saargebiet Frankreich in die Arme zu treiben. Den Abschluß der sich hieran anschließenden Aussprache bildete die Annahme von

zwei Entschlüsse.

In der ersten Entschließung wendet sich der Bund erneut an alle Völker mit dem warnenden Hinweis auf das Anrecht, das an der Saar noch immer andauert und auf die Gefahren für den Weltfrieden, die sich daraus entwickeln können. Der Wille des Saarvolkes, unter der deutschen Regierung zu bleiben, lasse sich trotz der großen Wahllügen nicht bezweifeln und stehe heute so fest wie je. Die deutsche, die preussische und die bayerische Regierung werden ermahnt, furchtlos für die Rechte und die Wohlfahrt des Saarvolkes einzutreten. Der Völkerbund und die französische Regierung werden ermahnt, es ernsthafter und genauer mit den treuhänderischen Pflichten zu nehmen. Die Entschließung wendet sich alsdann an das Volk an der Saar mit der Mahnung zur Einigkeit und schließt: Zurück zum deutschen Vaterland. Wir geloben Treue um Treue.

In der zweiten Entschließung über die Notlage der Bevölkerung des Saargebietes heißt es u. a.: Die Franzosen lassen das Saarvolk für seine treue deutsche Gesinnung, aus der es nie ein Hehl gemacht hat, schwer büßen. Alle Klagen, Beschwerden und Notschreie verhallen ungehört. Wir erwarten nunmehr, daß der Völkerbund alsbald in Erwägungen darüber eintritt, wie eine schnelle Lösung des Saarproblems im Sinne der Volkswohlfahrt, des Rechts der Bevölkerung des Saargebietes erfolgen kann.

Ergänzung des Kanalbauprogramms.

Ueber die Beratungen des Reichskabinetts zum Arbeitsbeschaffungsprogramm werden noch Einzelheiten mitgeteilt. Danach ist noch eine Einigung über wertvolle Ergänzungen des Kanalbauprogramms erzielt worden. Besonders erfreulich ist, daß nunmehr mit dem Bau des Staubeckens von Ottmachau gerechnet werden kann, das für den schließlichen Arbeitsmarkt

wie für die Regulierung der Wasserverhältnisse der Oder gleich wichtig ist. Auch vorbereitende Arbeiten in der Frage einer Kanalanbindung zwischen dem Burinreiter und dem Rhein sollen ausgeführt werden. In der

produktiven Erwerbslosenfürsorge

wird ein Erlaß des Reichsarbeitsministers weitergehende Erleichterungen bringen. In der Frage der sogenannten Ausgesteuerten, d. h. derjenigen Personen, deren Erwerbslosenunterstützung durch Ablauf der gesetzlichen Höchstdauer von einem Jahr zu Ende gegangen ist, hat schon vor der Kabinettsitzung eine Einigung der beteiligten Reichsressorts stattgefunden. Die Gemeinden sollen finanziell instand gesetzt werden, den Ausgesteuerten eine der Erwerbslosenfürsorge gleichwertige Unterstützung zuzuwenden. Ferner wird veranlaßt, daß im Zusammenwirken von Arbeitsnachweis und Fürsorgeverband bedrohte Versicherungswirtschaften langfristig Erwerbsloser vor dem Verfall bewahrt werden.

Eine Erweiterung des Wohnungsbauprogramms

ist dadurch erzielt worden, daß auch die preussische Staatsregierung der Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms zugestimmt hat.

Das Reich gewährt denjenigen Ländern, die, wie Preußen und eine ganze Reihe anderer Länder, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, einer Anregung des Reichsarbeitsministeriums folgend, neben dem ordentlichen Jahresbauprogramm ein zusätzliches Bauprogramm durchzuführen beabsichtigten, sofort vorläufige Mittel. Diese Mittel werden dann von den Ländern, sei es aus der Hauszinssteuer, sei es durch Anleihen, im Laufe des Jahres aufgebracht. Die Beschaffung der ersten Hypotheken ist auf Grund von Verhandlungen des Reiches mit den Realkreditinstituten ebenfalls sichergestellt.

Noch immer zu hohe Zinsen.

Während im vergangenen Jahre für erste Hypotheken noch bis zu 15 Prozent Zinsen zu zahlen waren, stehen jetzt bei den Hypothekenbanken solche zu 9 1/2 Prozent und bei den Sparkassen auch noch zu einem billigeren Zinssfuß zur Verfügung. Die Zinsen für das Bausgeld selbst betragen bekanntlich 7 1/2 Prozent. Dringend erwünscht ist es allerdings, daß auch dieser Zinsbetrag noch erheblich gesenkt wird. Ein Zinssfuß von annähernd 10 Prozent bedeutet eine Verdoppelung des Friedenszinssfußes.

Deutsch-polnische Verhandlungen über das Niederlassungsrecht.

Deutschland fordert von Polen Gegenseitigkeit.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Niederlassungsrecht sind bekanntlich vor kurzem ergebnislos abgebrochen oder zum mindesten unterbrochen worden. Von polnischer Seite wird jetzt eine Darstellung von den bisherigen Verhandlungen gegeben, die natürlich im polnischen Sinne gefärbt erscheint. Danach sind von deutscher Seite Wünsche vorgebracht worden, die Polen offenbar nicht zu erfüllen bereit ist.

Die Deutschen fordern Gegenseitigkeitsrechte, die für die polnische Seite gar keinen Wert haben. So sollen alle deutschen Staatsbürger berechtigt sein, sich ohne Rücksicht darauf, ob ihre Tätigkeit sich auf Handel oder Industrieangelegenheiten erstreckt, in Polen niederzulassen. Wichtig in den deutschen Forderungen ist noch, daß Polen allen denjenigen Deutschen, die sich im Augenblick der Uebnahme im Jahre 1920 in Polen befanden, den Aufenthalt, Erwerb und die Möglichkeit kurzer Reisen ins Ausland sichern soll. Die Deutschen fordern ferner die Zulassung von Arbeitsmöglichkeiten für deutsche Handels- und Industrie-Gesellschaften, ihre Gleichberechtigung in Steuerangelegenheiten, die Zulassung der Möglichkeit des Erwerbes von Grundstücken usw. Die letzte deutsche Forderung betrifft die Unterrichtsfreiheit für die Kinder der deutschen Staatsbürger, die sich in Polen aufhalten. Polen soll erlauben, daß diese Kinder zu den öffentlichen Schulen in Polen zugelassen werden oder daß für sie besonders Lehrer und Erzieher aus Deutschland nach Polen kommen dürfen.

Nach Abgabe dieses „Wunschzettels“ drückte die deutsche Seite die Hoffnung aus, daß die beginnende Ferienpause, die bis zum 28. September dauern soll,

der polnischen Seite Gelegenheit zur Prüfung der deutschen Forderungen und zur Erteilung einer positiven Antwort geben wird.

Der Eisenblock.

Grundsätzliche Einigung in den Eisen- und Stahlverhandlungen.

Im Laufe des Freitag haben die Pariser Besprechungen der Stahlindustriellen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs zu einer Einigung geführt. Die offizielle Mitteilung lautet:

„Bei den Verhandlungen zwischen Vertretern der Eisenindustrie von Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg, die am 12. und 13. August in Paris stattgefunden haben, hat man endgültig die Bedingungen festgesetzt, nach denen die luxemburgischen und lothringischen Kontingente nach Deutschland übernommen werden sollten, ebenso hat man sich über die Ausfuhrvorschriften der internationalen Rohstahlgemeinschaft verständigt.“

England ist den Verhandlungen bisher ferngeblieben, doch ist es wenig wahrscheinlich, daß England die in Bildung begriffene Kombination bekämpfen wird, zumal es bereits dem Schienenkartell angehört. Dagegen ist die Rivalität Amerikas gewiß. Wie sehr diese Vermutung stimmt, geht aus einem Artikel des „New York Herald“ hervor. Der Stahltrust zwischen den kontinentalen Ländern müsse dem englischen und amerikanischen Ausfuhrhandel einen schweren Schlag zufügen und könne unter Umständen England und Amerika von Märkten wie Kanada, Japan und Südafrika verdrängen. Die Reaktion der Vereinigten Staaten auf den Stahltrust sei noch nicht voll entwickelt. Die englischen interessierten Kreise meinen, daß der amerikanische Widerstand nicht erheblich werde, weil die deutschen Teilnehmer zum großen Teil durch amerikanisches Kapital finanziert würden. Die Gefahr für Amerika bestehe darin, daß der kontinentale Trust auch England zu sich herüberziehe und so zu einer Weltorganisation werde, gegen die die amerikanischen Interessenten einen Kampf bis aufs Messer zu führen hätten.

Deutsch-belgische Einigung in der Mordaffäre Graff.

Dieser Tage ist der Reichsregierung das Gutachten der aus den Mitgliedern des deutsch-belgischen gemischten Strafgerichts zusammengesetzten Kommission zugegangen, die auf Grund eines im November 1925 zwischen den beiden Regierungen geschlossenen Abkommens die Frage der Täterhaft bei der Ermordung des belgischen Leutnants Graff in der Nacht vom 22. zum 23. März 1922 in Hamborn zu prüfen hatte.

Der wichtigste Teil des Gutachtens ist die Schlussfolgerung, die dahingehet, daß, im Gegensatz zu der von den belgischen Militärgerichten getroffenen Entscheidung, das Verbrechen von den beiden, vom Schwurgericht in Stettin am 8. Juli 1924 zum Tode verurteilten Polizeibeamten Engeler und Kraws, die sich selbst der Tat bezichtigt hatten, begangen worden ist. Infolge dieser Schlussfolgerung der internationalen Juristenkonferenz hat der belgische König, auf Vorschlag des Justizministers und in Uebereinstimmung mit dem Ministerrat, Reinhardt und Genossin begnadigt.

Die unschuldig Verurteilten, Polizeioberleutnant Reinhardt, Polizeioberwachmeister Kieble und die Polizeiwachmeister Klein, Grabert und Termöhlen sind inzwischen bereits nach Düsseldorf zurückgekehrt, wo sie namens der preussischen Staatsregierung Regierungspräsident Cohnmann feierlichst begrüßte.

Politische Rundschau.

— Reichstanzler Dr. Marx sprach Admiral Behnte aus Anlaß der Vollendung seines 50. Lebensjahres telegraphisch seine Glückwünsche aus.

— Reichsinnenminister Dr. Müller hat, wie jetzt verlautet, einen Entwurf zum Reichsschulgesetz fertiggestellt.

— Der Reichsfinanzminister plant eine wesentliche Vereinfachung der Reichsfinanzverwaltung.

— Der Reichstagsabgeordnete Wallraf hat an den Reichstanzler folgendes Telegramm gerichtet: „Nach neuesten Pressemeldungen soll Entscheidung des Reichskabinetts über Reichsehrenmal unmittelbar bevorstehen. Ich bitte Sie, Herr Reichstanzler, diese Entscheidung nicht ohne Mitwirkung des

